

## Regionalwahlen im März in Spanien

GESTÄRKTE VOLKSPARTEI - GESCHWÄCHTE NATIONALISTEN

**Eine wiedererstarke spanische Volkspartei und ein schwindender Einfluss nationalistischer Gruppierungen – das sind die beiden Ergebnisse der spanischen Regionalwahlen in Galicien und im Baskenland am 1. März. Die Volkspartei (PP) hat in Galicien mit einer absoluten Mehrheit ihre alte Hochburg nach nur vier Jahren in der Opposition zurückgewonnen. Im Baskenland könnte sie mit den Sozialisten (PSE-EE) eine Regierungskoalition bilden oder wäre bei der Tolerierung einer sozialistischen Minderheitsregierung entscheidend.**

**Das Wahlergebnis im Baskenland im Detail:**

Partei	Ergebnis (in %)	Veränderung in Punkten	Mandate	Veränderung
PNV	38,50	-0,1	30	+1
PSE-EE	30,70	+8,1	24	+6
pp	14,00	-3,4	13	-2
Aralar	6,00	+3,7	4	+3
EA	3,60	-.-	2	-.-
EB	3,50	-1,8	1	-2
UPyD	2,40	-.-	1	-.-

### Baskenland

Geradezu spektakulär ist das Ergebnis im Baskenland. Seit der Bildung der autonomen Gemeinschaft „Euskadi“ 1980 haben dort mit der Baskischen Nationalistischen

Partei (PNV) immer die bürgerlichen Nationalisten regiert, wenn auch zuletzt in Koalition mit der ebenfalls nationalistischen Eusko Alkartasuna (EA) und der Vereinigten Linken (EB). Jetzt hat die PNV hier keine Regierungsmehrheit mehr.

Der Einbruch des nationalistischen Lagers im Baskenland hat mehrere Gründe: Die Gruppierung Eusko Alkartasuna hatte bei vergangenen Wahlen noch gemeinsam mit der PNV eine Liste gebildet, trat diesmal aber wieder mit einem verstärkt separatistischen Profil alleine an. Die Wähler haben den Alleingang nicht honoriert. Zudem spielt das Verbot der der ETA nahestehenden Parteien eine wichtige Rolle. Die baskischen Kommunisten holten vor vier Jahren noch 12,5 Prozent der Stimmen und tolerierten die Regierung Ibarretxe. Inzwischen sind sie aber als Nachfolger der ETA-Partei Batasuna verboten worden. Auch zwei weitere Kandidaturen, die der Gruppierung D3M (baskische Liste Demokratie 3 Millionen) und Eusko Alkartasuna wurden untersagt, da sie die Justiz für Nachfolgeorganisationen Batasunas und somit der ETA untergeordnet hält. Zudem ist der Koalitionspartner der PNV, die Vereinigte Linke (EB) eingebrochen. Aralar, die einzige Partei aus dem linken nationalistischen Spektrum, die ebenfalls für eine baskische Unabhängigkeit eintritt, sich aber von der ETA deutlich abgrenzt, gewann zwar stark hinzu, konnte aber nicht den Stimmenverlust der anderen traditionellen Koalitionspartner der PNV vollkommen ausgleichen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## SPANIEN

HANS-GÜNTER KELLNER

5. März 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/spanien](http://www.kas.de/spanien)

Durch das Verbot ETA-nahestehender Parteien, konnte die PNV aber auch Stimmen ehemaliger Wähler von ETA-sympathisierender Parteien für sich gewinnen. Somit konnte sich die PNV zwar behaupten und ist mit Abstand stärkste Kraft geblieben, hat aber nun keine Mehrheit zum Regieren mehr. Damit könnte das Baskenland erstmals in seiner Geschichte einen nicht-nationalistischen Ministerpräsidenten erhalten. Dieser wäre der Sozialist Patxi López, der im Wahlkampf dem amtierenden Ministerpräsidenten Juan José Ibarretxe vorwarf, die Region in seiner zehnjährigen Amtszeit gespalten zu haben. Ibarretxe war 1999 an die Macht gekommen, als sich die nationalistischen Parteien mit der ETA auf ein Ende des Terrorismus geeinigt hatten. Als Bedingung wurde ausgemacht, dass die PNV im Gegenzug ihre damalige Regierungskoalition mit den baskischen Sozialisten aufkündigt. Das so genannte Abkommen von Lizarra hielt nicht lange, nur ein Jahr später kündigte die ETA ihren damaligen Waffenstillstand wieder auf.

Trotz der Rückkehr der ETA zur Gewalt legte der nationalistische Regierungschef Ibarretxe mehrmals ambitionierte Pläne zur Verwirklichung eines baskischen Selbstbestimmungsrechts mit Möglichkeiten einer Abtrennung von Spanien vor und plante im letzten Herbst sogar ein Referendum über ein Selbstbestimmungsrecht. Diese Pläne haben aufgrund der spanischen Verfassung nur geringe Chancen umgesetzt zu werden. Das Verbot des Referendums durch das spanische Verfassungsgericht war vorher absehbar. Doch Ibarretxe konnte damit im Baskenland wenige Monate vor der Wahl erneut ein Szenario aufbauen, nachdem die angeblich nach Freiheit strebende Region von der spanischen Zentralverwaltung unterdrückt werde. In dieser Weltanschauung wurden Sozialisten und Konservative als gesamtspanische Parteien bezeichnet, die als „Spanier“ die Interessen der Basken nicht hinreichend vertreten könnten.

Der sozialistische Spitzenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten López möchte mit keiner Partei koalieren, sondern strebt eine Tolerierung durch die Volkspartei an. Er wolle jeden Eindruck einer „Front“ aus Sozi-

alisten und der Volkspartei gegen die Nationalisten vermeiden, sagte er nach der Wahl. Die Volkspartei mit ihrem neuen Vorsitzenden, Antonio Basagoiti will López dabei freie Hand lassen. Die spanische Verfassung und das bestehende Autonomiestatut müsse der Rahmen einer baskischen Regierung unter López sein, die die PP tolerieren würde, sagte Basagoiti nach der Wahl. Der 39-Jährige hatte die Partei vor einem Jahr in einer schwierigen Situation übernommen. Die populäre María San Gil war im Zuge der parteiinternen Querelen um die Position des Vorsitzenden der gesamtspanischen PP, Rajoy, zurückgetreten. Basagoiti hat den Kurs der PP, von einer offenen Konfrontation mit den Nationalisten, zu einer pragmatischeren Haltung korrigiert.

Trotzdem gestaltet sich die Bildung einer nicht-nationalistischen Regierung kompliziert. López bräuchte für seine Wahl zum „Lehendakari“, wie das Amt auf baskisch heißt, auch die Stimme des Abgeordneten der Union für Entwicklung und Demokratie (UPyD, Union Progreso y Democracia) die erstmals ins Parlament einziehen konnte. Die Partei wurde erst im letzten Jahr von Rosa Díez gegründet, einer ehemaligen sozialistischen Europaabgeordneten, die bereits angekündigt hat, dass sie López keinen Blanko-Scheck ausstellen werde, sondern ihr Wahlprogramm umsetzen wolle. Die dort geforderte Abtretung von Kern-Kompetenzen der spanischen Regionen, wie etwa der Bildungspolitik oder einen Kurswechsel in der Sprachpolitik mit einer starken Begünstigung der baskischen Sprache, werden die Sozialisten jedoch wohl kaum zusagen, was eine Zusammenarbeit mit der UPyD unwahrscheinlich macht. Erst die Auszählung der Stimmen der Briefwahl am 20. März wird Klarheit bringen: Die Sozialisten hoffen, dabei einen zusätzlichen Abgeordneten zu erhalten und somit nicht auf die Stimmen der UPyD angewiesen zu sein.

## Galicien

Auch in Galicien ist der Einfluss der Nationalisten kräftig zurückgedrängt worden. Dort bedeuteten die Wahlen vom 1. März das Ende der vierjährigen Koalition aus Sozialisten (PSdeG) und Nationalisten (BNG), die in

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## SPANIEN

HANS-GÜNTER KELLNER

5. März 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/spanien](http://www.kas.de/spanien)

den vergangenen vier Jahren in der Region eine Nationalisierung der Region auf ähnlichen Wegen wie in Katalonien oder im Baskenland vorangetrieben haben. So wurde etwa das Galicische zur ersten Unterrichtssprache, selbst in Fällen, in denen die Eltern lieber Spanisch als erste Unterrichtssprache oder ein zweisprachiges Modell vorziehen würden. Die Volkspartei kündigt bereits an, diese nationalistischen Initiativen zurückzunehmen.

### Das galicische Wahlergebnis im Detail:

Partei	Ergebnis (in %)	Veränderung in Punkten	Mandate	Veränderung
PP	47,10 %	+2,0	39	+2
PSdeG	29,90 %	-3,1	24	-1
BNG	16,50 %	-2	12	-1

Der konservative Spitzenkandidat Alberto Núñez Feijóo hat seine Partei in den nur vier zurückliegenden Jahren der Opposition gründlich reformiert. Die Partei hatte sich in den vielen Jahren der Regierung des Vorsitzenden Manuel Fraga in Galicien zuletzt verbraucht und war von internen Machtkämpfen aufgegeben. Die Botschaft Feijóos während des Wahlkampfes war unmissverständlich: Galicien brauche gerade in Zeiten der Krise keine Experimente zur „Konstruktion der Nation“, sondern müsse sparsam regiert werden. Fördergelder müssten gezielt vergeben und dürften nicht mit der Gieskanne über politisch genehme Gruppierungen ausgeschüttet werden, so der Kandidat im Wahlkampf, der jetzt auch Parteilo-se in seine Regierung holen möchte.

Zudem dürfte noch ein ganz anderer Grund bei der Absage der Wähler an den Nationalismus in Galicien eine Rolle gespielt haben. Die nationalistischen Gruppierungen im Baskenland und in Katalonien bevorzugen Verteilungsmodelle für den spanischen Staat, nach denen weniger Transferleistungen an ärmere Regionen gezahlt werden und mehr Steuern bei den reicheren Regionen bleiben. Da Galicien zu den ärmeren

Regionen in Spanien gehört, würde Galicien durch eine solche Verteilung der Steuermittel klar benachteiligt werden.

Der Erfolg in Galicien stärkt auch Parteichef Rajoy, der aus Galicien stammt und sich im Wahlkampf selbst stark engagiert hat. Seine Partei ist durch umfangreiche Korruptionsermittlungen der spanischen Justiz angeschlagen und hat auf die Ermittlungen zudem mit einem Angriff auf die Justiz reagiert: Sie hat den Ermittlungsrichter Baltasar Garzón der Rechtsbeugung beschuldigt. Der Vorwurf lautet, dass Garzón in Absprache mit der sozialistischen Regierung Spaniens ermitteln würde.

Die Korruptionsermittlungen haben den innerparteilichen Machtkampf der PP erneut angeheizt. Mit den Wahlerfolgen in Galicien und im Baskenland konnte Rajoy seine Position gegen seine parteiinternen Rivalen, darunter vor allem die Ministerpräsidentin der Region Madrid, Esperanza Aguirre, stärken. Aus dieser Position könnte er sich jetzt auch stärker für eine parteiinterne Klärung der Justizvorwürfe einsetzen.

Für Regierungschef Zapatero bereiten die Wahlen erhebliche Probleme. In Galicien müssen seine Sozialisten in die Opposition. Auch die Möglichkeit, im Baskenland an die Regierung zu kommen, könnte sich mittelfristig als Pyrrhussieg herausstellen. Zum einen ist nun eine weitere Schwächung der gemäßigten Kräfte innerhalb der bürgerlichen nationalistischen Gruppierungen, die die bestehende Autonomie bevorzugen und keine Unabhängigkeit wünschen, zu befürchten. Vor allem aber regiert Zapatero in Spanien mit einer Minderheitenregierung ohne stabile Koalition. Daher ist er bei der Durchsetzung von nationalen Gesetzen auf die Unterstützung von Seiten der PNV angewiesen. Zuletzt benötigte er deren Stimmen für die Durchsetzung seines Haushalts. Diese Unterstützung dürfte ihm in diesem Jahr abhanden kommen, wenn er seinen baskischen Bündnispartner in dessen Heimat in die Opposition schickt.

*Hans-Günter Kellner ist freier Journalist in Madrid.*